

- "Nicht viel Zuversicht" in einen Erfolg der Anti-Korruptions-Kampagne hatten zwischen 35% (Shanghai) und 45% (Chongqing) der Befragten. (DX, 9/1993, S. 14-15)

Die Ergebnisse der Meinungsumfrage waren eindeutig: Obwohl eine sehr große Mehrheit der Befragten die Bekämpfung der Korruption begrüßt, glauben nur deutlich weniger als 50% an einen durchschlagenden Erfolg der Anti-Korruptions-Bewegung. Dabei schwankt der Anteil derjenigen, die "keinerlei Zuversicht" oder "nicht viel Zuversicht" in einen Erfolg haben, zwischen 52% (Shanghai) und 69% (Shenzhen). In Shenzhen, wo die Korruption wahrscheinlich am größten ist, fallen die Unterstützung für den Kampf gegen die Korruption und die Zuversicht in seinen Erfolg am geringsten aus. -sch-

*(10)

Wei Jingsheng aus der Haft entlassen

Chinas bekanntester demokratischer Oppositioneller und politische Häftling, der 43jährige Wei Jingsheng, wurde am 14. September 1993 auf Bewährung aus der Haft entlassen - nur etwas mehr als sechs Monate vor Ablauf seiner 15jährigen Haftstrafe (Xinhua, chin./engl., 14.9.93, in SWB, 16.9.93; NZZ, 16.9.93 u.a.).

Wei war am 29. März 1979 verhaftet und am 16. Oktober 1979 wegen Weitergabe von angeblichen militärischen Geheimnissen an einen Ausländer und wegen "konterrevolutionärer Hetze" zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Tatsächlich wurde an Wei ein Exempel statuiert, weil er öffentlich eine Demokratisierung Chinas als "5. Modernisierung" gefordert und Deng Xiaoping namentlich als neuen Despoten kritisiert hatte. (Siehe u.a. C.a., 10/1979, Ü 28)

Die Freilassung von Wei Jingsheng, der erst am 20. September bei seiner Familie in Beijing eintraf und danach mit einer Reihe von ausländischen Journalisten sprechen konnte (siehe u.a. *Le Monde*, 22.9.93 und NZZ, 23.9.93), stand eindeutig im Zusammenhang mit den Bemühungen der chinesischen Führung, den Zuschlag für die Austragung der Olympischen Spiele im Jahre 2000 in Beijing zu erhalten. Die Entscheidung hierüber fiel am 23. September - allerdings nicht für

Beijing, sondern für das australische Sydney, und vielleicht auch deshalb nicht für Beijing, weil die späte Freilassung von Wei Jingsheng ein allzu durchsichtiges Propagandamanöver war. -sch-

*(11)

Mindestens 76 Millionen Christen in China

Die vom China-Zentrum in St. Augustin herausgegebene Zeitschrift *China heute*, die seit Jahren überaus kompetent über die Entwicklung des Christentums in China berichtet, hat Zahlen aus internen KPCh-Dokumenten wiedergegeben, die besagen, daß es in der Volksrepublik China gegenwärtig 64 Mio. protestantische und 12 Mio. katholische Christen gibt. Damit werden Angaben der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* vom August 1991 bestätigt, die die Gesamtzahl der in der VRCh lebenden Christen mit fast 70 Mio. beziffert hatte (siehe C.a., 9/1991, Ü 6).

Die Zahl der Katholiken in der VRCh ist möglicherweise noch wesentlich höher, da die KPCh-Zahlen wahrscheinlich nicht die in der vatikanstreuen Untergrundkirche zusammengeschlossenen katholischen Christen einschließen. Nach neuesten Schätzungen der Untergrundkirche könnte die Gesamtzahl der chinesischen Katholiken zwischen 30 und 40 Mio. liegen (FAZ, 14.9.93). Träfe dies zu, läge die Gesamtzahl der chinesischen Christen bei über 100 Mio. Damit würden die Christen - nach den Buddhisten - die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft in der VRCh bilden. (Siehe auch Übersicht unter Kultur: "Katholische Kirche: Messe auf Chinesisch".) -sch-

Kultur

*(12)

Zur Reform der Akademie der Wissenschaften

Bei der Reform des Wissenschaftssystems der VR China kommt der Reformierung der Chinesischen Akademie der Wissenschaften vorrangige Bedeutung zu, denn trotz des Aufschwungs anderer Forschungsinstituti-

onen (Hochschulen, örtliche und betriebliche Forschungsorgane, Militärforschung) steht die Akademie nach wie vor in der chinesischen Forschungslandschaft an wichtigster Stelle. Die Reform der Akademie gestaltet sich jedoch außerordentlich schwierig, weil sie ein großer bürokratischer, unbeweglicher Apparat ist. Mit dem Aufruf, eine "Strategie des Überwindens der Routine" zu verfolgen, wurden kürzlich in der *Volkszeitung* erneut Vorschläge für die Reform der Akademie unterbreitet (vgl. RMRB, 12.9.93). Hauptanliegen des Verfassers Liu Honghai ist es, die Akademie zu veranlassen, in bezug auf Verteilung des Potentials, Zielsetzung, Management, Ablaufmechanismen, Organisation der Forschung und Implementierung der Reformmaßnahmen die Routine zu überwinden und neue, eigene Wege zu gehen mit dem Ziel, die chinesische Wissenschaft möglichst bald in die vordersten Plätze der internationalen Wissenschaft einzureihen. Als Besonderheiten auf dem Weg dahin nannte er die folgenden Kennzeichen: keine festgelegte Form, keine Normen, ungleichgewichtige Entwicklung und Improvisation.

In dem Artikel werden einige Punkte hervorgehoben, bei denen die Reform anzusetzen habe. Zum Niveau heißt es, daß die Akademie bis zum Beginn des nächsten Jahrhunderts das niedrige und mittelmäßige Niveau sowie die Duplizierung von Forschungsaufgaben hinter sich gelassen haben und Weltniveau erreicht haben sollte; man solle danach streben, Anfang des nächsten Jahrhunderts einen Nobelpreis zu erlangen. Hinsichtlich des Systems wird gefordert, bis zum Jahr 2000 den Übergang vom alten zum neuen System vollzogen zu haben; in diesem Zusammenhang werden neue Wege in bezug auf Wissenschaftsmanagement, Verteilung der Disziplinen, Investitionen und Personaltransfer erwähnt, jedoch keine näheren Ausführungen gemacht. Diese Systemreformen sind seit 1985 im Gange (vgl. C.a., 1985/1, Ü 18; 1985/3, Ü 15 u. 16; 1992/11, Ü 16) und dürfen als bekannt vorausgesetzt werden.

Ausführlicher setzt sich der Verfasser mit der Strukturreform an der Akademie auseinander. Zunächst einmal steht für ihn fest, daß an der Akademie sowohl Forschung als auch Entwicklung, sowohl Grundlagenforschung als auch angewandte Forschung beheimat-

tet sein müssen. Beide Bereiche sollen miteinander verbunden sein, wobei angewandte Forschung und technische Entwicklung aus der Grundlagenforschung schöpfen sollen. Bei der Fächerverteilung dürfe es keine Gleichheit geben, vielmehr seien Schwerpunkte zu setzen. Das wissenschaftliche Personal soll nach einem Schlüssel 2:2:6 verteilt werden, d.h. 20% soll in der Grundlagenforschung und Spitzentechnologie eingesetzt werden, 20% in den Bereichen Ressourcen, Umwelt, Ökologie und 60% in der Wirtschaft. Mit diesem Vorschlag wird ein offensichtlich "heißes Eisen" angefaßt, nämlich der Transfer des überwiegenden Teils der Wissenschaftler in die Entwicklung oder angewandte Forschung. Angesichts der Überbesetzung in den einzelnen Instituten und der mangelhaften Auslastung der wissenschaftlichen Mitarbeiter (in Shanghai z.B. soll nur ein Drittel voll ausgelastet sein - s. C.a., 1992/11, Ü 19) scheint dies ein dringendes Desiderat zu sein. Der Verfasser betont die Notwendigkeit der Mobilität der Mitarbeiter innerhalb und außerhalb der Akademie; mindestens die Hälfte der Mitarbeiter sollte mobil sein, was offensichtlich so viel heißt wie ohne Planstelle sein. Er schlägt beispielsweise vor, junge Wissenschaftler zunächst ein paar Jahre in der Grundlagenforschung arbeiten zu lassen, um dann den größten Teil von ihnen in die angewandte Forschung und Entwicklung zu schicken.

An den gegenwärtigen Strukturen der Akademie kritisiert der Verfasser die zu große Zahl von Instituten (über 120 Institute), die zu detaillierte Arbeitsteilung und die immer kleiner werdenden Forschungsaufgaben sowie das Überlappen der Verwaltungsebenen. Als Maßnahmen schlägt er vor, auf dem Gebiet der Grundlagenforschung multidisziplinäre Wissenschaftszentren und anhand der Teildisziplinen Forschungsinstitute zu gründen, ein Kontingent von leistungsfähigen Mitarbeitern aufzubauen und die Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Auf dem Gebiet der angewandten Forschung sollen technische Forschungszentren von hohem Niveau aufgebaut werden; sie sollen bei wissenschaftlich-technischen Projekten des Staates und dem "Plan 863" mitwirken. (Der Plan 863 wurde 1986 zur Entwicklung der Hochtechnologie aufgestellt.) Als weitere Maßnahme empfiehlt der Verfasser, einen Teil des Potentials der Akademie auf den Aufbau wissenschaftlich-techni-

scher Unternehmen zu konzentrieren. Diese Unternehmen sollen nationale und internationale Märkte zu gewinnen suchen.

Was die allgemeine Richtung der Akademie angeht, so stellt der Verfasser vier Forderungen auf: 1. Alle Arbeit der Akademie muß zum Nutzen des Staates sein und auf Wissenschaftlichkeit beruhen. 2. Die Gesetze in Wissenschaft und Technik sind streng zu befolgen. 3. Wettbewerb ist anzukurbeln und aufrechtzuerhalten. 4. Fachleute müssen angezogen, ausgebildet und geschützt werden.

Zum Schluß setzt sich der Verfasser mit den Aufgaben des Staates bei der Akademiereform auseinander. Er fordert die Sicherstellung der finanziellen Mittel, die der Staat in die Grundlagenforschung investiert. Von diesen Mitteln erhalte die Akademie etwa die Hälfte. Die Bedeutung der Akademie für den Staat wird an der Tatsache verdeutlicht, daß von den 80 Institutionen, an denen in China Grundlagenforschung betrieben werde, über 60 der Akademie angehörten. Der Staat müsse festlegen, daß seine Zuwendungen an die Akademie im Verhältnis stärker wachsen als die Mittel für die gesamte Wissenschaft und Technik. Bei der Verteilung der Mittel innerhalb der Akademie dürfe nicht nach dem Gleichheitsprinzip verfahren werden. Er müsse dafür Sorge tragen, daß Mitarbeiter, die jahrelang nichts geleistet haben, rechtzeitig transferiert würden. Ferner wird der Staat aufgerufen, ein Gremium von Fachleuten aus Wissenschaft und Technik, Wirtschaft und Verwaltung zu schaffen, das ein Konzept für die Reform der Akademie entwickeln soll. Dieses Konzept solle außerhalb der Akademie begutachtet und von der höheren Verwaltungsebene gebilligt werden. Des weiteren wird der Staat aufgefordert, der Akademie ähnlich wie den Sonderzonen größeren Spielraum einzuräumen, so in bezug auf Auslandskontakte, Auslandsreisen und sonstige bürokratische Hürden. Nicht zuletzt soll der Staat die Akademie bei wichtigen Entscheidungen als Beratungsgremium hinzuziehen; nur so sei eine Demokratisierung und Verwissenschaftlichung der Entscheidungsprozesse zu gewährleisten.

Die hier unterbreiteten Vorschläge sind als Diskussionsbeitrag in der Debatte über die Reform der Akademie der Wissenschaften zu verstehen. Über

die meisten von ihnen wird seit Jahren diskutiert, ein Anzeichen dafür, wie schwierig die Reform ist und wie langsam sie vorankommt. In der Diskussion geht es im wesentlichen um praktische Probleme der Reform, denn diese selbst und ihre Richtung (Personal- und Kosteneinsparung, Effizienzsteigerung in Forschung und Verwaltung, Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Gründung von Unternehmen, Reform der Finanzierung und der Strukturen usw.) sind beschlossene Sache. Es geht aber auch - und das zeigt der Artikel - um die Reform des Denkens, nämlich darum, die eingefahrenen Pfade zu verlassen und mit unkonventionellen Methoden Neues zu schaffen. -st-

*(13)

Stellvertretender Ministerpräsident fordert Moralerziehung

Der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing (seit März 1993 in diesem Amt) tritt in jüngster Zeit als Anwalt des Erziehungswesens auf. Bei verschiedenen Gelegenheiten hat er öffentlich die Bedeutung des Bildungswesens hervorgehoben. Mit Li, der auch Politbüromitglied ist, nimmt sich ein Spitzenpolitiker dieses allgemein vernachlässigten Gebietes an. Die Zuständigkeit u.a. für das Erziehungswesen war ihm auf der 1. Plenarsitzung des Staatsrats am 10.4.93 erteilt worden (vgl. C.a., 1993/5, Ü 5). So sehr Lis Engagement zu begrüßen ist, so bemerkenswert ist allerdings seine Schwerpunktsetzung. Angesichts des in weiten Bereichen immer noch desolaten Zustands des Erziehungswesens (hohe Schulabbruchrate, illegale Gebühren, Geldmangel, Situation der Lehrer usw.) mutet es schon merkwürdig an, wenn der stellvertretende Ministerpräsident an oberster Stelle eine verstärkte moralische Bildung der Schulkinder fordert. Diese Forderung war jedenfalls sein Anliegen auf zwei Inspektionsreisen in Shandong und Miyun, einem Landkreis Beijings (vgl. dazu GMRB, 3.9.93 bzw. RMRB, 7.9.93). Zwar rief er die örtlichen Führungen dazu auf, mehr Gewicht auf das Bildungswesen zu legen, insbesondere auf die Elementar- und Berufsbildung auf dem Lande, und die Lebensverhältnisse der Lehrer zu verbessern, doch vorrangig und am ausführlichsten nahm er zur Moralerziehung Stellung. Zumal für junge Leute sei die Moralerziehung wichtig; die Jugend müsse vor allem in der traditionellen chinesi-

schen Moral erzogen werden. Zur ideologisch-moralischen Charakterbildung gehöre es, die Erziehung zum Patriotismus und Sozialismus, zu modernen Werten und moderner Lebensauffassung mit der Erziehung im großartigen traditionellen Denken Chinas zu verbinden. Die Moralerziehung müsse Erziehung in Marxismus, Sozialismus und Patriotismus und darüber hinaus in der traditionellen Moral des chinesischen Volkes einschließen. Anhand einiger alter Zitate erläuterte er, daß die traditionellen Tugenden ihre Bedeutung bis heute nicht verloren haben. (GMRB, 3.9.93) Die Vorfahren hätten viele wertvolle Tugenden hinterlassen, z.B. Lehrer und Ältere zu respektieren, auf Höflichkeit Wert zu legen und sich anständig zu benehmen, und diese Tugenden gelte es zu pflegen. Die Erziehung in traditionellen Tugenden sei wichtig zur Anhebung der Zivilisiertheit der Jugend und für deren gesundes Heranwachsen. Hier seien zwar schon gute Erfolge erzielt worden, aber es existiere immer noch das Problem, daß der Moralunterricht zu abstrakt und zu wenig lebensnah sei. (RMRB, 7.9.93)

Bemerkenswert an diesen Ausführungen ist zum einen, daß Li Lanqing der in Erziehungskreisen immer noch weitverbreiteten Meinung Vorschub leistet, das Hauptproblem im Erziehungswesen stelle die unzureichende moralische Erziehung der Jugend dar. Werde dieses Problem gelöst, dann würden sozusagen automatisch auch alle anderen Probleme eine Lösung finden. Zum zweiten ist es beachtenswert, in welchem Maße hier die traditionelle Moral in der Jugenderziehung in den Vordergrund gestellt wird. Bislang bedeutete in Erziehungskreisen Moralerziehung in erster Linie Erziehung in sozialistischer Moral und Patriotismus. Die Betonung traditioneller Tugenden ist als Indiz zu verstehen, daß sozialistische Werte in der Erziehung zwar nicht verschwunden sind, aber keine herausragende Rolle mehr spielen. Statt dessen geht man auf die überlieferten Moraltraditionen zurück, und dies soll zweifellos den Patriotismus unter der Jugend stärken. Nicht zuletzt spiegelt sich in diesem Wandel die Erkenntnis wider, daß die traditionelle Moral keine "Klassenmoral" ist, wie in maoistischer Zeit verkündet, sondern allgemeingültig. -st-

*(14)

Dengs Erziehungsgedanken als Motor der Erziehungsreform

Der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing nutzte eine Versammlung von 3.200 Lehrern und im Erziehungswesen Tätigen, die anlässlich des 9. Lehrertages am 10.9.93 in der Großen Halle des Volkes in Beijing zusammengekommen waren, um an Deng Xiaopings vor zehn Jahren geäußertes Motto von den "drei Richtungen" (*sange mianxiang*) zu erinnern (RMRB, GMRB, 11.9.93, S.1). Der volle Ausspruch Deng Xiaopings lautet: "Das Bildungswesen muß auf die Modernisierung, die Welt und die Zukunft gerichtet sein." (Es handelt sich dabei um eine Widmung für die Jingshan-Schule in Beijing vom 1.10.83.) In seiner Rede vor der Versammlung (im Wortlaut abgedruckt ebd., S.3) legt Li Lanqing unter Bezug auf das Motto dar, welche große Bedeutung Deng Xiaoping dem Erziehungswesen im Reformprozeß beimesse. Sinn und Zweck der Rede war offensichtlich, Deng, der in erster Linie mit den Wirtschaftsreformen in Verbindung gebracht wird, als Autorität für die Erziehungsreform heranzuziehen.

Li Lanqing rief zunächst in Erinnerung zurück, daß es Deng Xiaoping war, der die Reformpolitik mit dem Schwerpunkt der Wirtschaftsreform eingeleitet habe. Dabei habe er betont, daß sich der wirtschaftliche Aufbau auf Wissenschaft und Technik sowie das Erziehungswesen stützen müsse. Wörtlich sagte Li: "Deng Xiaoping hält Erziehung sowie Wissenschaft und Technik für besonders wichtig. Er hat Wissenschaft und Technik zum Schlüssel des Aufbaus der Modernisierung und Erziehung zur Grundlage des Aufbaus der Modernisierung gemacht." Und er fährt fort: "Keine Frage, Deng Xiaopings Gedanken zur Erziehung sind ein wichtiger Bestandteil von Deng Xiaopings Theorie vom Aufbau eines Sozialismus mit chinesischen Kennzeichen; die Erziehungspolitik, die sich unter Führung von Deng Xiaopings Erziehungsgedanken gebildet hat, ist ein wichtiger Bestandteil der Grundlinie und der gesamten Politik der Partei."

Mit diesen Aussagen spielt Li auf Dengs richtungsweisende Rede auf der nationalen Wissenschaftskonferenz

vom 18. März 1978 an. In dieser Rede wies Deng Wissenschaft und Technik eine Schlüsselrolle bei der Modernisierung zu und erhob Wissenschaft und Technik zu Produktivkräften. Es ist zwar richtig, daß Deng auch dem Bildungswesen eine wichtige Rolle zuerkannte, aber im Grunde nur im Hinblick auf die Ausbildung von Wissenschaftlern und Technikern. Er betonte damals die Notwendigkeit der Ausbildung von Nachwuchs für Wissenschaft und Technik und sagte wörtlich: "Das Bildungswesen ist die Grundlage für die Ausbildung von Wissenschaftlern und Technikern." Deng sah das Erziehungswesen eher als Mittel zum Zweck der Ausbildung von wissenschaftlich-technischem Nachwuchs, stellte es aber im Grunde nicht auf eine Stufe mit Wissenschaft und Technik. Es war also zweifellos Li Lanquings Absicht, dem Auditorium zu suggerieren, daß Deng Xiaoping dem Erziehungswesen die gleiche Bedeutung beimessen habe wie Wissenschaft und Technik.

Diese Absicht wird vor allem im weiteren Verlauf der Rede Li Lanquings deutlich. Ausgehend von Dengs Motto, das Bildungswesen müsse auf die Modernisierung, die Welt und die Zukunft gerichtet sein, legt Li ausführlich dar, daß Deng Xiaoping mit diesem Motto dem Erziehungswesen strategische Bedeutung zuwies. Diese war dem Bildungswesen bekanntlich auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992 zuerkannt worden, als das Bildungswesen eine "strategische Position für prioritäre Entwicklung" erhielt. Eine solche ist auch in dem am 27. Februar 1993 veröffentlichten Reformprogramm für das chinesische Bildungswesen festgeschrieben (vgl. C.a. 1993/2, Ü 9). Der Beschluß zum Bildungswesen auf dem XIV. Parteitag ebenso wie das Reformprogramm unterstreichen den Willen der politischen Führung, nun endlich damit Ernst zu machen, mehr Gewicht auf das Erziehungswesen zu legen. Jahrelang wurden in diesem Sinne Lippenbekenntnisse abgegeben, ohne daß sich jedoch die Einsicht durchsetzte, daß Bildung und Ausbildung die Grundlage der Modernisierung sind. Zumal auf der örtlichen Ebene fehlte diese Einsicht weitgehend, und dies lag zu einem nicht geringen Teil an dem mangelhaften Nachdruck, den die Politiker auf diesen Punkt legten. Auch Deng Xiaoping ist hier keine Ausnahme gewesen, hat

er doch in der Regel Wissenschaft und Technik an erster und Erziehung erst an zweiter Stelle genannt.

Seit dem letzten Parteitag hat sich dies nun offensichtlich geändert: Dem Erziehungswesen wird die gleiche Priorität beigemessen wie Wissenschaft und Technik. Bestehende Defizite im Bildungswesen scheinen nun in den Medien größere Beachtung zu finden, und auch die Politiker nehmen sich verstärkt des Themas an. Um der neuen Schwerpunktsetzung Nachdruck zu verleihen, wird jetzt die Strategie verfolgt, Deng Xiaoping als Autorität heranzuziehen. Ungeachtet der Tatsache, daß Deng selbst nicht mit zusammenhängenden längeren Reden oder Schriften zum Erziehungswesen hervorgetreten ist, soll der Eindruck vermittelt werden, er habe dem Erziehungswesen schon immer Priorität zukommen lassen und sich als Theoretiker auf diesem Gebiet oder zumindest als sein Anwalt hervorgetan. So erschien (wahrscheinlich Anfang 1993) ein Buch mit dem Titel *Untersuchung von Deng Xiaopings Gedanken zum Erziehungswesen*, und es war sicherlich kein Zufall, daß das vom damaligen Erziehungsminister verfaßte Vorwort zu diesem Buch am 28. Februar 1993, also genau einen Tag, nachdem das große Reformprogramm für das Erziehungswesen veröffentlicht worden war, in der *Guangming-Zeitung* abgedruckt wurde.

Vor diesem Hintergrund erscheint Li Lanqings Rede am Tag des Lehrers als Fortsetzung und Teil der Strategie, die Dringlichkeit der Bildungsreform propagandistisch zu untermauern und auf diese Weise ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Der propagandistische Effekt liegt darin, daß der Initiator der Reformpolitik nun speziell als Motor der Bildungsreform aufgebaut wird. Diesem Zweck diente auch ein Symposium, das die Chinesische Gesellschaft für Erziehung Ende September in Shanghai anlässlich des zehnten Jahrestages von Deng Xiaopings Motto über die "drei Richtungen" der Erziehung veranstaltete (s. GMRB, 22.9.93). -st-

* (15)

Kampf gegen das Analphabetentum

In den letzten beiden Jahren hat China verstärkte Anstrengungen unternommen, das Analphabetentum auszurot-

ten. Zielgruppe dabei sind die etwa 40 Mio. Analphabeten zwischen 15 und 40 Jahre; sie sollen bis zum Jahr 2000 lesen und schreiben können. Dies bedeutet, daß im laufenden 8. Fünfjahrplan und im 9. Fünfjahrplan (1996-2000) jeweils 20 Mio., also 4 Mio. pro Jahr, alphabetisiert werden müssen (vgl. C.a., 1992/2, Ü 17). Offiziellen Berichten zufolge kann dieses Tempo eingehalten werden. So sollen 1991 angeblich 5,48 Mio. Analphabeten Lesen und Schreiben gelernt haben (XNA, 8.2.92), und auch dieses Jahr wird damit gerechnet, daß die Zahl von 5 Mio. überschritten wird. Im September sollen bereits 3,87 Mio. alphabetisiert gewesen sein (GMRB, 8.9.93). Die Analphabetenrate der Gesamtbevölkerung beträgt offiziellen Angaben zufolge 16 Prozent (vgl. XNA, 8.9.93). In den kürzlich erlassenen revidierten Bestimmungen zur Ausrottung des Analphabetentums werden die örtlichen Stellen verpflichtet, für die 15- bis 40-jährigen entsprechende Kurse zu veranstalten (vgl. C.a., 1993/8, Ü 19).

Hinsichtlich des Erfolges der Alphabetisierungsarbeit ist allerdings Skepsis geboten. Die Arbeit wird durch gravierende Probleme beeinträchtigt, vor allem Geldmangel, Uneinsichtigkeit der örtlichen Kader wie auch der Betroffenen selbst und nicht zuletzt die ständige Gefahr des Rückfalls ins Analphabetentum. Die Skepsis wird von der Chinesischen Nachrichtenagentur (Zhongguo Xinwen She), deren Nachrichten fürs Ausland bestimmt sind, geteilt. Obwohl pro Jahr über 5 Mio. in China alphabetisiert würden, so heißt es in einer Meldung vom 7.9.93, sei die Lage nicht sehr hoffnungsvoll, denn die Analphabetenrate unter der erwachsenen Bevölkerung sei in China viel höher als in anderen asiatischen Ländern und das Tempo ihrer Überwindung langsamer als bei den Nachbarländern (nach SWB, 15.9.93). -st-

* (16)

Sonderzone für Entwicklung des Erziehungswesens in Fujian

Wie der Gouverneur der Provinz Fujian kürzlich mitteilte, will Fujian durch Errichtung einer Sonderzone für die Entwicklung des Erziehungswesens die akademische Bildung in gleicher Weise wie die Wirtschaft fördern. Als der Gouverneur jüngst die Jimei-Schule besuchte, eine berühmte, von einem Auslandschinesen im Jahre 1913 ge-

gründete Schule in Xiamen, verkündete er, daß das Dorf, in dem die Schule liegt, in eine Zone für die Entwicklung des Erziehungswesens umgewandelt werden soll. In dem Dorf der Jimei-Schule gibt es derzeit elf Bildungseinrichtungen, darunter acht Hochschulen, z.B. eine Seefahrtsschule, ein Institut für aquatische Produktion, ein Sportinstitut und eine pädagogische Hochschule. Hinzu kommen eine Mittelschule, eine Grundschule und ein Kindergarten. In dem Schuldorf werden insbesondere Kinder von Auslandschinesen ausgebildet. Als wichtiger Schritt bei der Umwandlung des Dorfes in eine Entwicklungszone für das Erziehungswesen wird die Gründung einer internationalen Universität, der Jimei-Universität, vorbereitet. Ähnlich wie die bereits existierende Xiamen-Universität liegt sie am Rande von Xiamen. (XNA, 19.9.93)

Es handelt sich hier um die erste derartige Sonderzone in China. Ihr Zweck dürfte darin bestehen, hochqualifizierte Fachleute auszubilden. Ein großer Teil der Schüler und Studenten werden Auslandschinesen sein, so daß damit zu rechnen ist, daß auch ein großer Teil des zum Aufbau der Sonderzone benötigten Kapitals von Auslandschinesen zur Verfügung gestellt wird. Traditionell ist Fujian neben Guangdong die wichtigste Heimatprovinz der Auslandschinesen. Viele von ihnen stiften Geld für den Ausbau des Schulwesens in ihrer Heimat. -st-

* (17)

"Fackelplan" für High-Tech-Entwicklung zeitigt Erfolge

Der im August 1988 vom Staatsrat verabschiedete "Fackelplan", der dazu bestimmt ist, Forschungsergebnisse der Spitzentechnologie in Produkte umzusetzen und diese zu vermarkten, wird von offizieller Seite als Erfolg verbucht. Die High-Tech-Industrie, so heißt es, sei aufgrund der Marktwirtschaft stark angewachsen (XNA, 30.9.93). Die Entwicklung von High-Tech-Produkten erfolgt vorrangig in den dafür vorgesehenen Zonen für High-Tech-Entwicklung, von denen es nach Mitteilung der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik inzwischen 52 gibt. Die Kommission ist für die Durchführung des "Fackelplans" verantwortlich. Sowohl bei der Zentralregierung als auch bei den lokalen Regierungen genießt der "Fak-

kelplan" höchste Priorität. In den fünf Jahren seit Beginn des "Fackelplans" hat sich in den High-Tech-Zonen eine ganze Reihe erfolgreicher Unternehmen für Spitzentechnologie etabliert. Hier einige Beispiele (ebd.): In der Zone für High-Tech-Entwicklung in Beijing gibt es bereits 2.800 Firmen, die 3.000 Forschungsergebnisse zu verzeichnen haben, von denen 1.300 in die Produktion gegangen sind. Die Unternehmen der High-Tech-Zone Caohejing in Shanghai, darunter 81 vom Ausland finanzierte, haben 1992 Produkte im Wert von 3 Mrd. Yuan hergestellt. Zur Belebung der Wirtschaft wird in Shanghai Spitzentechnologie vorrangig gefördert. In den High-Tech-Zonen der Städte Suzhou, Wuxi und Changzhou in der Provinz Jiangsu haben sich 300 Firmen angesiedelt, darunter 120 chinesisch-ausländische Joint Ventures.

In den 52 vom Staat gebilligten Zonen für High-Tech-Entwicklung sind bislang insgesamt 5.569 High-Tech-Unternehmen auf den Gebieten Elektronik, Informationstechnik, Biotechnik, neue Materialien, neue Energiequellen und Umweltschutz gegründet worden. Fast alle diese Unternehmen wurden mit Bankkrediten oder privatem Kapital finanziert; der Staat, so heißt es, habe so gut wie kein Geld in diese Projekte gesteckt. Die Unternehmen sind entweder Staatseigentum, Kollektiveigentum, Privatbesitz oder gehören Einzelpersonen. Der Staat hat ihnen Vorzugsbedingungen in bezug auf Kredite, Rohstoffe, Steuern, Im- und Export eingeräumt. In einer Reihe von High-Tech-Zonen wurden zollfreie Lagerhäuser und Fabriken eingerichtet, und das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit hat im Prinzip der Errichtung von Im- und Exportfirmen in jeder High-Tech-Zone zugestimmt. Diese Vorzugsbedingungen haben den Export chinesischer High-Tech-Produkte angekurbelt. Offiziellen Aussagen zufolge will China den Anteil von High-Tech-Produkten am Gesamtexport bis zum Ende des Jahrhunderts auf mindestens zehn Prozent steigern. (Ebd.)

*(18)

Vorläufige Bestimmungen über Pressekonferenzen in der Hauptstadt

Die Behörde für das Presse- und Publikationswesen hat Ende September "Vorläufige Bestimmungen über die

Registrierung von Pressekonferenzen, die in Beijing abgehalten werden" erlassen. Sie geben den bereits zu diesem Thema vom Staatsrat erlassenen Rundschreiben (s. C.a., 1993/8, Ü 15) größere Verbindlichkeit und stehen in Einklang mit der neuerlich zu verzeichnenden schärferen Kontrolle des Staates über die Medien. Den Bestimmungen zufolge müssen alle Regierungsorgane, Einheiten auf Provinzebene sowie Betriebe, Massenorganisationen und Einzelpersonen, die in der Hauptstadt eine Pressekonferenz abhalten wollen, beim Staatsrat bzw. der jeweiligen Provinzregierung eine offizielle Genehmigung einholen. Sodann muß die Pressekonferenz bei der Behörde für das Presse- und Publikationswesen registriert werden. Hierfür ist es erforderlich, daß der Veranstalter sieben Tage vor der Pressekonferenz bei der Behörde einen Antrag stellt, in dem Zweck, Grund, Inhalt, Zeit und Ort der Pressekonferenz, Teilnehmerzahl, Finanzierungsquelle und Höhe der Kosten, Name und Adresse des Veranstalters, Name, Adresse und Telefonnummer der Verantwortlichen und der Kontaktperson(en) sowie die Namen der eingeladenen Presseorgane aufgeführt sind. Inhaltlich sollen sich Pressekonferenzen auf die Reform- und Öffnungspolitik, den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau sowie die Bevölkerung interessierende Fragen konzentrieren. Im allgemeinen sollen keine Pressekonferenzen anlässlich von Unternehmensgründungen, dem Verkauf neuer Produkte oder sonstigen geschäftlichen Aktivitäten veranstaltet werden. Falls es bei der Pressekonferenz um Produkte, wissenschaftlich-technische Erfindungen oder Patente geht, muß der Veranstalter bei der Registrierung Qualitätsnachweise oder Gutachten der zuständigen übergeordneten Behörden auf Provinzebene beibringen.

Falls der Veranstalter Korrespondenten aus dem Ausland und aus Hongkong, Macau und Taiwan oder Geschäftspersonal einladen will, muß er die Genehmigung der Behörde für das Presse- und Publikationswesen und des Informationsamtes des Staatsrats einholen, bevor er mit der Registrierung beginnt. Der Antrag zur Registrierung muß auf einem von der Behörde für das Presse- und Publikationswesen herausgegebenen Formular gestellt werden. Die Registrierungsorgane müssen dem Antragsteller drei Tage

vor der geplanten Pressekonferenz Bescheid geben. In den Bestimmungen wird davor gewarnt, die Angaben in dem Antrag willkürlich zu verändern, und dazu aufgerufen, sich streng an die Vorgaben zu halten. Andernfalls würden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. (RMRB, 25.9.93)

Die Bestimmungen machen deutlich, daß die Regierung alle Pressekonferenzen, die in der Hauptstadt abgehalten werden (und dort finden die meisten statt), bis ins letzte Detail kontrollieren will. Begründet wird die Maßnahme mit dem Kampf für mehr Berufsethik und gegen Bestechung unter Journalisten (vgl. dazu C.a., 1993/8, Ü 14). Sicherlich kommt es vor, daß Pressekonferenzen dazu benutzt werden, von den Journalisten positive Berichte oder Werbung mit Geschenken zu erkaufen. Das wahre Anliegen der Regierung dürfte jedoch darin zu suchen sein, daß sie die inhaltliche Kontrolle festigen will. Bei den Printmedien ist diese gewährleistet; Veranstaltungen, bei denen nicht alles Gesagte schriftlich fixiert ist, bergen für die Regierung aufgrund ihres spontanen Charakters gewisse Unsicherheitsfaktoren. Deshalb hat sie beispielsweise kürzlich Rundfunk- und Fernsehsendern Direktansagen mit Hörern bzw. Zuschauern außerhalb des Festlands untersagt (s. C.a., 1993/8, Ü 17). Auch Pressekonferenzen stellen in den Augen der Regierung einen solchen Unsicherheitsfaktor dar. Insbesondere, wenn Nachrichten ungeschützt nach Hongkong, Macau, Taiwan oder ins Ausland gelangen, reagiert die Zentrale empfindlich, wie die jüngst erfolgte Verurteilung des Redakteurs Wu Shishen zeigt, der eine Rede Jiang Zemin's einer Hongkonger Zeitung hatte zukommen lassen (s. C.a., 1993/8, Ü 15).

*(19)

Kulturelle Aktivitäten zum 100. Geburtstag Mao Zedongs

Seit Monaten wirft der 100. Geburtstag Mao Zedongs am 26. Dezember dieses Jahres seine Schatten voraus. Einem Bericht der Chinesischen Nachrichtenagentur zufolge hat sich das seit mehreren Jahren zu verzeichnende "Mao-Fieber" in jüngster Zeit erhitzt. Sichtbarstes Zeichen sei das Boomen der Andenkenindustrie, die in Massen Mao-Abzeichen produziere, darunter sogar sehr wertvolle aus Gold und

Diamanten. (Zhongguo Xinwen She, 29.8.93, nach SWB, 15.9.93) Nicht minder auffallend ist die Vielzahl von Publikationen über Mao Zedong. Nicht nur bringen Zeitungen und Zeitschriften zunehmend Artikel über ihn, auch die Buchverlage legen seit Wochen und Monaten immer neue Titel über Mao vor. Mit Billigung des ZK erscheinen bis Jahresende 6 wichtige Publikationen, die von der Forschungsstelle für ZK-Dokumente gemeinsam mit den jeweils zuständigen Stellen herausgegeben werden. Dabei handelt es sich nach GMRB (6.9.93) um:

1. "Gesammelte Werke Mao Zedongs" (*Mao Zedong wenji*), hrsg. von der Forschungsstelle für ZK-Dokumente, Volksverlag. Sie umfassen die Zeit von 1921 - 1976 und enthalten über die 4 Bände der "Ausgewählten Werke" hinaus eine Menge zusätzliches Material. In diesem Jahr sollen 2 Bände erscheinen.
2. "Gesammelte militärische Werke Mao Zedongs" (*Mao Zedong junshi wenji*) in 6 Bänden, hrsg. von der Forschungsstelle für ZK-Dokumente und der Militärakademie, Verlag für Militärwissenschaft und Verlag für ZK-Dokumente;
3. "Ausgewählte Schriften Mao Zedongs zu den auswärtigen Beziehungen" (*Mao Zedong waijiao wenji*), hrsg. vom Außenministerium und der Forschungsstelle für ZK-Dokumente, Verlag für ZK-Dokumente und Verlag für Weltwissen;
4. "Lebensdaten über Mao Zedong (1893-1949)" (*Mao Zedong nianpu (1893-1949)*) in drei Teilbänden, hrsg. von der Forschungsstelle für ZK-Dokumente, Volksverlag und Verlag für ZK-Dokumente;
5. ein Mao Zedong-Album mit über 500 Fotos, hrsg. von der Forschungsstelle für ZK-Dokumente und dem Verlag der Xinhua-Nachrichtenagentur, Verlag für ZK-Dokumente;
6. "Rückerinnerungen an Mao Zedong" (*Mianhuai Mao Zedong* in 2 Bänden, hrsg. von der Forschungsstelle für ZK-Dokumente, Verlag für ZK-Dokumente. Das Werk enthält über 90 Beiträge von Kadern, die unter Mao gearbeitet haben, Menschen, die mit ihm Kontakt gehabt haben, und früheren Mitarbeitern.

Ebenfalls zum 100. Geburtstag erscheint eine Faksimile-Ausgabe von 2.000 Originalmanuskripten Mao Ze-

dongs unter dem Titel "Auswahl von Mao Zedongs Manuskripten" (*Mao Zedong shoushu xuanji*), die vom ZK-Archiv ediert und deren Titel von Jiang Zemin kalligraphiert wurde (GMRB, 22.8.93).

Daneben erscheint auch eine Reihe populärer Werke über Mao, wie z.B. "Mao Zedong - Gigant einer Epoche" (*Yidai juren Mao Zedong*, erschienen im Jugendverlag (RMRB, 20.9.93); "Mao Zedongs Fußspuren" (*Mao Zedong de zuji*), ein unter Leitung des ZK-Instituts für Parteigeschichte von Mitarbeitern der entsprechenden Einheiten auf Provinzebene und lokaler Ebene verfaßtes Buch, das vom Verlag für die Geschichte der KPCh herausgebracht wird (GMRB, 10.9.93); oder "China hatte einen Mao Zedong" (*Zhongguo you ge Mao Zedong*), ein Lesebuch für die Alphabetisierungskampagne in der Provinz Jiangxi (Xinhua Inlandsdienst, chin., 9.9.93, nach SWB, 25.9.93).

Ein besonderer Hit sind Originaltonaufzeichnungen von 7 Reden Maos aus den Jahren 1949-1956. Sie sind auf zwei CDs und auf Tonband zu erwerben (GMRB, 23.8.93 u. 8.9.93).

Die Filmindustrie nutzt das Jubiläumsjahr ebenfalls und produziert gleich mehrere Streifen, so z.B. den dreistündigen Spielfilm "Der Herbsternste-Aufstand" über Maos frühe Jahre (XNA, 7.7.93) und die Fernsehfilme "Mao Zedong und Edgar Snow" (XNA, 26.8.93) und "Mao Zedong in Sichuan" (GMRB, 14.9.93). Insgesamt sollen zehn Kino- und TV-Filme anlässlich des Mao-Jubiläums produziert werden (XNA, 7.7.93).

Auch Bildhauer, Maler und sonstige Künstler dürften Konjunktur haben, wenn sie sich des Mao-Sujets annehmen. So wird aus Chongqing von einer fünfmal lebensgroßen Mao-Statue berichtet, die ein Professor der Kunsthochschule Sichuan modelliert hat. Sie soll am 26. Dezember vor der Pädagogischen Hochschule Nr.1 in Hunan enthüllt werden (XNA, 7.9.93).

Selbstverständlich befaßt sich die Wissenschaft in diesem Jahr verstärkt mit Mao. Eine Vielzahl neuer Bücher und Artikel über Mao ist zu verzeichnen; darüber hinaus wurden und werden zahlreiche wissenschaftliche Tagungen veranstaltet, etwa im Juli in Hohhot, Hauptstadt des Autonomen Gebietes

Innere Mongolei (XNA, 19.7.93), im August in Changsha (XNA, 20.8.93) und im September in Wuxi (XNA, 26.9.93) und Shenyang (RMRB, 26.9.93). Hinzu kommen verschiedene Ausstellungen in größeren Museen und Gedenkstätten, darunter eine vom Kulturministerium organisierte Sonderausstellung im Dezember im Revolutionsmuseum in Beijing. Unter der Leitung des Kulturministeriums laufen bereits die Vorbereitungen für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen zum Gedenken an Mao. So wird u.a. in Zusammenarbeit mit anderen Einheiten für den 26. Dezember eine große kulturelle Abendveranstaltung in der Großen Halle des Volkes vorbereitet. (XNA, 17.8.93)

Je näher der Geburtstag rückt, desto mehr werden die Aktivitäten zunehmen. Die Frage, die hinter all diesen Veranstaltungen steht, ist die nach der Bedeutung Maos in der heutigen Gesellschaft. Sie ist nicht einfach zu beantworten, sondern bedarf einer gründlichen Analyse. Eines aber läßt sich schon jetzt feststellen: Die Mao-Renaissance ist nicht nur eine Angelegenheit der Orthodoxen und alten Mao-Anhänger, sondern erfaßt breite Kreise der Bevölkerung, zumal die Jugend. Die Kulturrevolution liegt nunmehr eine Generation zurück, d.h., ein Großteil der Bevölkerung hat ihre Schrecken nicht mehr persönlich erfahren. Zudem hat die Partei in den vergangenen Jahren der Reformperiode nie aufgehört, die revolutionäre Tradition der Partei als einen wesentlichen Bestandteil des heute propagierten Patriotismus herauszustellen. Gemeint ist hier in erster Linie die Yan'an-Zeit, die heute durchweg in verklärtem Licht dargestellt wird. Wie kein anderer Revolutionär verkörpert Mao Zedong diese revolutionäre Tradition, er ist zu ihrem Symbol geworden. So erklärt sich auch, daß bei den Jubelfeiern der junge Mao im Mittelpunkt steht. -st-

*(20)

Illegaler Handel mit Buchnummern

Im chinesischen Verlagswesen hat sich eine ungunstige Tendenz breitgemacht: der Handel mit Buchnummern. Er wird offen von seiten der Staatlichen Behörde für das Presse- und Publikationswesen und in der Presse der VR China kritisiert (vgl. dazu RMRB, 15.9.93 u. GMRB, 24.9.93). China ist im Jahre

1982 dem internationalen ISBN-System beigetreten. In China gibt es 532 reguläre, d.h. vom Staat anerkannte Verlage. Nur diese sind autorisiert, die ISBN zu benutzen, die somit für den Staat ein wichtiges Kontrollinstrument sind. Eine Reihe von Verlagen scheint nun ihre Finanzen durch den Verkauf von Buchnummern an unautorisierte Verlage, Buchhandlungen usw. aufzubessern. Interesse am Kauf von ISBN haben vor allem nichtstaatliche (also kollektive oder private) Buchläden, die lukrative Geschäfte mit allen möglichen Publikationen machen, vielfach Sexgeschichten u.ä., aber durchaus auch seriösen Büchern, wie z.B. Lehrbüchern, ferner Druckereien, die häufig eigenmächtig zusätzliche Bücher drucken, Autoren und Herausgeber, die ihre Bücher mit gekauften Buchnummern auf den Markt bringen, um den Profit selbst einzustecken. Buchnummern werden sogar auch von den Verlagen untereinander gekauft, und zwar dann, wenn ein Verlag auf einem Gebiet veröffentlichen möchte, für das er keine Genehmigung hat (RMRB, 15.9.93). Lehr- und Schulbücher beispielsweise dürfen nur von speziellen Verlagen herausgebracht werden, sind aber bei vielen Verlagen wegen ihres guten Absatzes begehrt. Wenn nun ein Buchhersteller ohne Lizenz seine Produkte mit gekauften Buchnummern versieht, kann er damit leichter der staatlichen Kontrolle über den Publikationsmarkt entgehen.

Der Handel mit ISBN wird offiziell als gravierendes Problem bezeichnet. Die Staatliche Behörde für das Presse- und Publikationswesen moniert nicht nur, daß auf diese Weise eine Fülle von Publikationen pornographischer Art und mit "falschem Inhalt" auf den Markt gelangen, sondern auch, daß viele der unautorisierten Buchproduzenten Steuern hinterziehen. Als Sofortmaßnahmen hat die Behörde folgendes beschlossen:

1. Vorläufig wird die Zusammenarbeit zwischen Verlagen eingestellt. Ursprünglich sei Kooperation im Verlagswesen nur auf ganz bestimmte Gebiete beschränkt gewesen, nämlich Naturwissenschaften und Technik, ferner Materialien zur Parteigeschichte und Lokalgeschichten; alle anderen Bücher dürften nicht im Wege der Verlagskooperation herausgebracht werden. Die überwiegende Zahl der Käufer und Verkäufer von

Buchnummern habe die Publikationen nominell zu Kooperationsprojekten erklärt.

2. Die Verlage werden aufgefordert, die Unregelmäßigkeiten selbst in Ordnung zu bringen, das Bewußtsein für das Rechtssystem zu stärken, mehr auf die gesellschaftliche Wirkung zu achten und nicht alles vom geldlichen Standpunkt aus zu betrachten. Fortgesetzte Verstöße sollen gemeldet und geahndet werden.
3. Um das Verlegen wissenschaftlicher Bücher zu unterstützen, soll ein staatlicher Fonds für wissenschaftliche Publikationen eingerichtet werden. Um Einzelpersonen die Veröffentlichung von Büchern mit eigener Finanzierung zu erleichtern, sollen die Vorschriften für Selbstverleger verbessert werden. (Ebd.)

Die letztgenannte Neuerung ergibt sich aus dem Problem, daß sich Verlage ohne staatliche Zuschüsse selbst tragen sollen. Deshalb haben insbesondere Wissenschaftsverlage wegen des relativ geringen Absatzes ihrer Publikationen wirtschaftliche Schwierigkeiten. Wie weit dieses Problem mit dem ISBN-Handel zu tun hat, ist nicht erkennbar. Möglicherweise versuchen vorwiegend Wissenschaftsverlage, ins Lehr- und Schulbuchgeschäft einzusteigen. Möglich ist auch, daß sie besonders anfällig dafür sind, Buchnummern zu verkaufen. -st-

*(21)

Katholische Kirche: Messe auf Chinesisch

Die Katholische Kirche in China, offiziell als Patriotische Katholische Vereinigung bezeichnet, hat nach Aussagen eines Sprechers im August damit begonnen, die Messe in chinesischer Sprache zu zelebrieren. Bislang wurde die Messe in China nur auf Lateinisch gesungen. In einigen Kirchen, so der Sprecher, würde jedoch weiterhin das Lateinische benutzt, um den Gläubigen die Möglichkeit zu geben, zwischen beiden Sprachen zu wählen. Man gehe davon aus, daß dieser Schritt für Millionen von Chinesen, insbesondere Jugendliche, den Zugang zu der Religion erleichtern werde. (SCMP, 21.9.93)

Die Katholische Kirche in China ist in vieler Hinsicht traditioneller als anderswo geblieben, weil sie nach dem

erzwungenen Bruch mit Rom im Jahre 1957 die Reformen des 2. Vatikanischen Konzils nicht mitvollzogen hat. Deshalb hat sie auch den Übergang vom Lateinischen auf die Nationalsprachen versäumt und an der lateinischen Messe festgehalten.

Unterdessen wurde von dem Direktor des Büros für Religionsangelegenheiten, Zhang Shengzuo, gegenüber einer Delegation von Katholiken aus Hongkong bestätigt, daß Hauskirchen nach chinesischem Recht erlaubt seien, sofern sie nicht gegen das sozialistische System seien. Wenn sich die Hauskirchen innerhalb der Gesetze bewegten, würden sie nicht verfolgt und stellen für die Regierung kein Problem dar. (SCMP, 20.9.93) Die Hauskirchen waren in der Kulturrevolution entstanden, als die Kirche gezwungen war, in den Untergrund zu gehen. Die Zahl der Katholiken in China beträgt nach neuesten Angaben 12 Millionen (s. *China heute*, 1993, Nr.4-5, S.98), also etwa 1 Prozent der Bevölkerung. -st-

*(22)

Umweltschutz: Abgabe für Abwassererschmutzung

Am 15. September 1993 haben die örtlichen Behörden damit begonnen, eine Abgabe auf Industrieabwasser zu erheben, das in Flüsse, Seen und das Meer abgegeben wird. Dies gab die Staatliche Umweltschutzbehörde bekannt. Mit dieser Maßnahme soll die Menge der Industrieabwässer kontrolliert werden. Dies bedeute eine Änderung der chinesischen Umweltpolitik, hieß es von seiten der Behörde, denn bisher habe man nur die Verschmutzer im Auge gehabt, nicht aber die Menge an Abwasser, die sie abgeben. Für jede Tonne Industrieabfall werden pro Monat 0,05 Yuan kassiert, wenn die Grenzwerte nicht überschritten werden. Andernfalls beträgt die Abgabe 0,1 Yuan. Die Bestimmung gilt für alle Industrieunternehmen, private Geschäfte, Krankenhäuser und andere Institutionen, aber nicht für Schulen, Kinderkrippen, Kindergärten und Altersheime. Die örtlichen Behörden rechnen mit Jahreseinnahmen aus der Abgabe von durchschnittlich 500 Mio. Yuan, die zur Unterstützung der Umweltschutzarbeit der örtlichen Stellen verwendet werden sollen. Ein Teil des Geldes soll speziell für die Einrichtung örtlicher Beobachtungsstationen bereitgestellt werden. Die Hauptver-

schmutzer der Gewässer in China sind die Papier-, Chemie-, Lebensmittel-, Maschinenbau- und Textilindustrie. Im Jahre 1992 soll die Industrie in ganz China 23,39 Mrd. Tonnen Abfall in die Gewässer eingelassen haben; das soll weniger als im Jahr davor gewesen sein. 48 Prozent aller chinesischen Flüsse werden der Umweltschutzbehörde zufolge als verschmutzt oder stark verschmutzt eingestuft. (XNA, 11.9.93)

Der Umweltschutz kommt in China nur langsam voran, weil das Bewußtsein dafür nur allmählich wächst. Da die örtlichen Kader durchweg darauf aus sind, in ihren Gebieten günstige Bedingungen für Industrieansiedlungen zu schaffen, und zudem häufig mit den Verschmutzern unter einer Decke stecken, ist es mit dem Umweltschutz auf unterer Ebene zumeist nicht gut bestellt. -st-

Außenwirtschaft

*(23)

Zunahme ausländischer Direktinvestitionen

Die Anzahl der in den ersten sechs Monaten dieses Jahres genehmigten Unternehmensprojekte belief sich auf 43.632, das Volumen der genehmigten Direktinvestitionen auf 58,756 Mrd. US\$ und der bereits realisierten Investitionen auf 9,396 Mrd. US\$. Im Vergleich zur Vorjahresperiode mit 14,67 Mrd. US\$ vertraglich zugesagten und 3,358 Mrd. US\$ realisierten Direktinvestitionen war der Anstieg im 1. Halbjahr 1993 um das Dreifache bzw. um rund 180% besonders hoch. (BR, 39/1993, S. 31; C.a., Juli 1992, Ü 34)

Von den 43.632 Unternehmensprojekten sind 28.777 Joint Ventures mit einer vereinbarten Investitionssumme von 29,542 Mrd. US\$ und realisiertem Kapitaleinsatz von 5,257 Mrd. US\$. Die Zahl der Unternehmen mit ausschließlich ausländischem Kapitalanteil beläuft sich auf 9.540, die vertraglich zugesagte Direktinvestitionen in Höhe von 15,766 Mrd. US\$ aufweisen; hiervon wurden bereits 2,314 Mrd. US\$ eingesetzt. (BR, 39/1993, S. 31)

Anfang September bezifferte die MOFTEC-Ministerin Wu Yi die Gesamtzahl der genehmigten Unternehmensprojekte mit Auslandskapital auf 134.000, die bereits eine Summe von rund 44 Mrd. US\$ eingesetzt hätten. Allerdings sei die geographische Verteilung bis vor kurzem noch zu stark auf die Küstenregionen konzentriert gewesen. Lediglich ein Anteil von 9,5% der gesamten genehmigten Auslandsinvestitionen und 7,5% der bereits eingesetzten Mittel wären auf die Inlandsprovinzen entfallen. Dies Zurückbleiben der Inlandsprovinzen gegenüber den Küstenprovinzen hätten Experten vor allem auf das wirtschaftliche Entwicklungsniveau dieser Regionen und ihre relativ kurze Geschichte der außenwirtschaftlichen Öffnung zurückgeführt.

Eine erste Kehrtwende in dieser Entwicklung sei im letzten Jahr erfolgt, da die Wachstumsrate der Auslandsinvestitionen in den Inlandsprovinzen diejenige der Investitionen in den Küstenprovinzen überstiegen hätte. Der Anteil der Inlandsprovinzen an den Gesamtinvestitionen 1992 betrug rund ein Fünftel. (XNA, 12.9.93)

Nach Einschätzung von anderen MOFTEC-Vertretern zeigt der rasante Anstieg der Auslandsinvestitionen, daß ausländische Unternehmen aufgrund der politischen und sozialen Stabilität und der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung ein größeres Vertrauen in China setzten.

Zu den wesentlichen Charakteristiken der Auslandsinvestitionen zählten neben dem vergleichsweise höheren Anstieg der Investitionen in die Inlandsprovinzen im Vergleich zu den Küstenprovinzen die deutliche Zunahme von Groß- und High-Tech-Projekten westlicher multinationaler Unternehmen, die Pläne für ein langfristiges Engagement in China hätten. Außerdem sei das Interesse ausländischer Investoren an Infrastrukturprojekten wie Kraftwerken, Auto- und Eisenbahnen, Brücken, Häfen und Kaianlagen gewachsen. Darüber hinaus stiegen die Direktinvestitionen im tertiären Sektor wie beispielsweise im Immobiliensektor. Rund ein Viertel der vertraglich zugesagten Investitionen entfielen 1992 auf den Tertiärsektor. (XNA, 25.8.93)

Einige ausländische Experten stellen jedoch die Verlässlichkeit chinesischer Statistiken über die Höhe der Aus-

landsinvestitionen, die stark von offiziellen optimistischen Interpretationen beeinflußt werde, in Frage. Beispielsweise sei in den Angaben oftmals auch der Kapitalanteil enthalten, den der chinesische Unternehmenspartner einbringe, so daß hierdurch der ausgewiesene Umfang der Auslandsinvestition größer als der tatsächliche sei. Weiterhin seien ein Teil der Auslandsinvestitionen ihrem Ursprung nach chinesische Investitionen, die über Unternehmen im Ausland nach China zurückgeleitet würden, um als ausländische Direktinvestitionen in den Genuß von Steuervorteilen kommen zu können.

Die 'vertraglich vereinbarten' Unternehmensprojekte seien oftmals nicht mehr als wage Übereinkommen, die wenig Realisierungschancen hätten. Ein damit verbundenes Problem sei die nur schleppende Absorbierung ausländischer Investitionen aufgrund von bürokratischen Hemmnissen, Mängeln in der Infrastruktur sowie einer zögerlichen politischen Einstellung. Die Folge sei gewesen, daß von den zwischen 1978-1991 genehmigten Auslandsinvestitionen in Höhe von rund 48 Mrd. US\$ weniger als die Hälfte auch tatsächlich realisiert worden seien. Andererseits werde vor allem seit dem letzten Jahr eine Verbesserung bei der Absorbierung von Auslandsinvestitionen festgestellt.

Hinsichtlich der Anzahl der mehr als 100.000 Unternehmensprojekte müsse zwar gesehen werden, daß die meisten kleinere Betriebe wie Restaurants und Friseure seien, die lediglich eine Handvoll Personal beschäftigten und überwiegend durch Investoren aus Macao und Hongkong finanziert würden, doch habe sich auch hier ein neuer Trend entwickelt. So sei die Anzahl der Investitionen in Großprojekte aus Japan, Taiwan, den USA und Südkorea gestiegen, und auch die Investitionsaktivitäten von Auslandschinesen aus Singapur und Thailand hätten zugenommen.

Als ein Grund für das neue "Investitionsfieber" wird die Aufhebung von Restriktionen im Grundstücks- und Immobiliensektor angesehen, die vor allem auslandschinesische Investoren aus Hongkong angezogen habe. Weiterhin biete China inzwischen im Rahmen von BOT (build, operate, transfer)-Infrastrukturprojekten vorteilhafte Investitionsmöglichkeiten, die beispielsweise vom Hongkonger Unter-